

## Zur aktuellen Situation im Landkreis Teltow-Fläming

### Rede von Kornelia Wehlan, Kreisvorsitzende der LINKEN Teltow-Fläming, auf der 2. Tagung des 3. Kreisparteitages am 24. November 2012 im Kreishaus Luckenwalde

Anrede,

in zwei Wochen wird über den Antrag zur Abwahl des Landrates von Teltow-Fläming im Kreistag entschieden. Notwendig sind 39 Stimmen für eine Zweidrittelmehrheit. Der Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion haben gemeinsam die politische Lage erörtert. Mit dem Strafbefehl wegen Vorteilsnahme und Untreue und dem Schuldeingeständnis sieht DIE LINKE in einem Abwahantrag die notwendige politische Konsequenz und unterstützt diesen.

Die Abwahl des Landrates vorausgesetzt, muss spätestens bis zum 27. Januar der Termin zur Direktwahl eines neuen Landrates/einer neuen Landrätin festgesetzt sein und die Wahl bis spätestens 7. April 2013 erfolgen. Vielleicht wird eine Stichwahl notwendig, und auch, dass das Mindestquorum von 15 Prozent der Bürgerstimmen erst einmal auf einen Kandidaten gebracht werden muss. Wird das nicht geschafft, wird wieder im Kreistag gewählt. So gesehen kann sich die Landratswahl bis zum Sommer hinziehen.

Jetzt schon und bis zur Neuwahl ist unsere Erste Beigeordnete, Kirsten Gurske, Landrätin in Teltow-Fläming. Kirsten Gurske ist Verwaltungsfachfrau, leistet eine sehr gute Arbeit und wir wissen, dass sie um notwendige Themenstellungen auch in der jetzigen besonderen Situation keinen Bogen macht, beispielsweise die Haushaltsaufstellung 2013. Die Rahmenbedingungen dafür sind schwierig, wenn sich die Fraktionen bzw. politischen Entscheidungsträger des Kreistages im Wahlkampf befinden. Diese Entscheidungen sind normalerweise bereits vor einer Kommunal-, Landrats- bzw. Bürgermeisterwahl getroffen.

Aber diesen Normalfall haben wir hier nicht und deshalb hat DIE LINKE eine besondere Verantwortung. Zum einen für die Unterstützung der amtierenden Landrätin und zum anderen zur Beantwortung der Frage, in welcher Art und Weise wir uns personell und inhaltlich bei der Landratswahl aufstellen werden. Diese Frage, liebe Genossinnen und Genossen, werden wir uns Ende Januar 2013 auf einer Gesamtmittgliederversammlung beantworten.

Und hierbei haben wir konkrete Situationen zu bedenken.

Ihr wisst, dass DIE LINKE im November 2009 erstmalig Regierungsverantwortung für die Entwicklung des Landkreises übernommen hat - im Rahmen einer Regierungskooperation mit der SPD, den Grünen, der FDP und dem Bauernverband.

Bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung ist die Kooperationsvereinbarung und damit das Bündnis durch DIE LINKE auf dem Kreisparteitag am 24. Oktober 2009 beschlossen worden. Und es war richtig, dass wir bereits auf unserem Novemberparteitag 2008 die Herangehensweise für eine mögliche Zusammenarbeit auf Kreisebene diskutiert haben. Grundlage war unser Wahlprogramm, wo wir uns für einen Politikwechsel im Kreis ausgesprochen und dafür inhaltliche Vorhaben und Projekte benannt haben. Folgerichtig haben wir erstens gesagt, dass für uns inhaltliche Schnittmengen und das Benennen konkreter Projekte und Vorhaben im Vordergrund stehen. Unsere Glaubwürdigkeit werden wir nicht wegen eines Personalpokers aufs Spiel setzen. Wir haben uns zweitens verständigt, dass Personalfragen mit der SPD erst nach den inhaltlichen Sondierungen thematisiert werden.

2008, in unserer „Parteitags-Erklärung“ haben wir fünf Schwerpunkte aus unserem Wahlprogramm konkretisiert und heraus gearbeitet und sie in die inhaltlichen Sondierungsverhandlungen

eingebraucht. Gute Arbeit, gute Löhne, stabile Wirtschaft; Armut überwinden, neue Armut verhindern; Gute Bildung für alle – von Anfang an; Demokratie leben, Rechtsstaat stärken und Finanzpolitik mit sozialem Augenmaß.

Nehmt euch die Kooperationsvereinbarung zur Hand – wir können mit gutem Gewissen sagen, dass auf der Kooperationsvereinbarung nicht nur DIE LINKE drauf steht, sondern auch DIE LINKE drin ist. Auf Vorschlag der SPD wurde der Landrat im Kreistag gewählt und DIE LINKE stellt seit 2009 die Erste Beigeordnete, Kirsten Gurske.

Anrede,

auf allen Parteitag haben wir über unsere Arbeit berichtet und natürlich waren wir uns schon bewusst, dass wir in Teltow-Fläming auch eine Verantwortung für das rot-rote Regierungsprojekt im Land haben.

Ja, Rot-Rot hat in Brandenburg für frischen Wind gesorgt und auch für bessere Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene.

Seit dem 1. Januar 2012 werden öffentliche Aufträge nur noch vergeben, wenn ein Mindestlohn gezahlt wird. Das hat spürbare Auswirkungen in unserem Landkreis im Kampf gegen Niedriglohn und für ein menschenwürdiges Leben. Kommunen und das Land nehmen jetzt den Anspruch ernst: Von Arbeit muss man leben können! Auch das Schüler-Bafög ist ein sozialpolitischer Erfolg geworden und mit der Änderung der Kommunalverfassung erhalten Kommunen einen größeren Gestaltungsspielraum bei der wirtschaftlichen Betätigung. Die Mittel für die Kitas wurden weiter aufgestockt, zusätzliche Lehrereinstellungen auf den Weg gebracht und ein Maßnahmenpaket beschlossen, das uns einer „Schule für alle“ ein Stück näher bringt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wie die aktuellen Forderungen der Lehrer zeigen, sind jahrelange Versäumnisse auf diesem Gebiet nicht in drei Jahren zu heilen. Wir nehmen die Forderungen ernst und werden sie in der weiteren politischen Arbeit nicht aus den Augen verlieren. Denn wir wissen, dass die Lehrkräfte im Land Brandenburg in den vergangenen Jahren unter teilweise sehr schwierigen Bedingungen eine gute Arbeit geleistet haben.

Wir akzeptieren daher vor allem die Forderungen nach höherer Wertschätzung ihrer Arbeit und nach den geforderten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Wir halten es angesichts des hohen Altersdurchschnitts der Lehrkräfte für unumgänglich, altersgerechte Arbeitsplätze und die Möglichkeit eines vorzeitigen Ausscheidens für lebensältere Lehrkräfte zu schaffen. Hier sehen wir uns gefordert, nach finanzierbaren Modellen zu suchen.

Aber genug zur Landespolitik.

Auch im Landkreis werden öffentliche Aufträge seit 2012 nur noch mit Mindestlohn vergeben. Die Regierungsfractionen sind willens und in der Lage, sachorientiert und konsequent Weichenstellungen vorzunehmen, um die Handlungsfähigkeit des Landkreises zu erhalten und wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge in Verantwortung auch für zukünftige Generationen zu leisten. Der Rettungsdienst wird kommunalisiert und nicht europaweit ausgeschrieben. Dadurch sind die Arbeitsplätze sicher und auch die Leistung für die Bürgerinnen und Bürger. Die Struktur- und Wirtschaftsfördergesellschaft wird in großen Teilen kommunalisiert und auf wichtige Geschäftsfelder konzentriert.

Natürlich geht uns manches viel zu langsam, ist der Sprung nach vorn noch recht klein, stößt man auf Verwaltungshandeln, was oftmals für mehr Reibungspunkte sorgt.

Das, was aber in den Jahren zuvor locker möglich war – nämlich immer noch einen Schluck zu nehmen, obwohl das Glas schon halb leer war, ist heute nicht mehr möglich. Haushaltspolitik hat heute in Teltow-Fläming einen anderen Stellenwert und an Haushaltskonsolidierung kommen wir nicht vorbei. Denn wir haben eine Verantwortung für zukünftige Generationen. Wir sagen aber auch deutlich, dass Haushaltskonsolidierung nicht Streichorgie heißt. Wir wollen eine Haushaltskonsolidierung mit Augenmaß – mit sozialem Augenmaß. Einem Begehren sich durch Streichung der so genannten freiwilligen Leistungen zu entledigen, treten wir entschieden entgegen. Und deshalb war es nur folgerichtig, dass aus den Vorschlägen zur Streichung von

freiwilligen Leistungen durch die Intervention der LINKEN Prüfaufträge wurden, die uns die Chance der öffentlichen Diskussion geben, und Folgewirkungen zu bedenken, wie zum Beispiel beim Landschulheim in Dobbrikow.

Die freiwilligen Leistungen umfassen wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge, wie beispielsweise das Sozialticket, die Bereitstellung von Gebührenermäßigungen und Gebührenbefreiungen, um Chancengleichheit im Zugang zur Volkshochschule, zur Kreismusikschule, der Fahrbibliothek, dem Landschulheim, wie auch bei der Benutzung von Sporthallen und Museumsbesuchen zu sichern. Auch die Richtlinie für ambulante soziale Dienste, Behindertenfahrcoupons und das Netzwerk für gesunde Kinder gehören dazu. Und wer denkt, dass man bei einem fast 194 Millionen-Haushalt mit der Streichung von nicht einmal drei Millionen Ausgaben in diesem Bereich der Verschuldung des Landkreises grundsätzlich begegnet, hat keine Ahnung und handelt - auch was unsere Enkelgeneration betrifft - grob fahrlässig. Nach den Haushaltsrichtlinien sind bei strukturellen Defiziten Haushaltssicherungskonzepte Bestandteile der Haushaltssatzung. In Ihnen soll innerhalb eines Fünf-Jahres-Zeitraumes der Haushaltsausgleich erreicht werden. Eine illusorische Forderung, liegen doch die größten Brocken im Bereich der Pflichtaufgaben per Gesetz. Und die sind zu leisten. Punkt.

Bleiben zum Sparen die Ausgaben, die durch Entscheidungen früherer Jahre zu Pflichtaufgaben geworden sind, wo Kredite laufen, Zins und Tilgung ansteht und Zuführungen aus dem Kreishaushalt notwendig sind, wie bei der SWFG, dem Flugplatz in Schönhagen, das Kreishausleasing und die B 101. Das sind Altentscheidungen, die heute weiter wirken und wie bei der B 101 zur Rechnungslegung anstehen. Ich darf erinnern, dass Teltow-Fläming der einzige Kreis in Deutschland ist, der eine vierte Spur für eine Bundesstraße - immerhin 24 Millionen Euro - selbst finanziert. Herr Eichelbaum und die CDU haben diese und andere Entscheidungen damals mitgetragen!

Gravierend war auch der Übergang von der Kameralistik zur doppelten Haushaltsführung. Hatten wir bisher ausschließlich Aufwendungen im Blickfeld, so stehen jetzt auch die Erträge im Fokus. Ein besonderes Problem bilden dabei die Abschreibungen. So beliefen sich allein die strukturellen Defizite aus Abschreibungen in den Jahren 2010 und 2011 auf insgesamt 11,2 Mio. Euro. Werte, die kaum auszugleichen sind.

Lasst mich deshalb noch einmal unterstreichen, die Linksfraktion verschließt sich nicht in der Suche nach Möglichkeiten für weitere Einsparungen. Einer bloßen Streichung der freiwilligen Leistungen, ohne die Folgewirkungen für das Leben in den Gemeinden und Städten zu bedenken, stimmen wir aber nicht zu. Wir wissen uns da auf einem guten Diskussionsweg innerhalb der Regierungskooperation.

Anrede,

die Liste der durch die Kooperation initiierten Beschlüsse im Kreistag ist lang, wie beispielsweise zum Erhalt des Amtsgerichts in Zossen, der Sicherung der Polizeiwachen im Landkreis, die Beteiligung am Programm „Arbeit für Brandenburg“, zur Einsetzung eines Antikorruptionsbeauftragten, der über eine juristische Ausbildung verfügt, die Initiative für ein Verkehrssicherheitskonzept „Tempo 30 vor Schulen und Kitas im Landkreis“, zur Sicherstellung der notärztlichen Versorgung in der Region Dahme und im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Zu keiner Zeit waren Fraktionen in Regierungsverantwortung im Kreistag mit eigenen Aktivitäten so präsent wie heute. Wir begleiten nicht nur kritisch und sachlich Verwaltungsarbeit, sondern wir setzen auch eigene Akzente.

Die Linksfraktion sieht gute Gründe diese sachorientierte Arbeit in der Kooperation für die Verbesserung des Lebensalltags der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis - wie vereinbart - bis 2014 fortzusetzen.

Nun sind wir aber nicht blauäugig und wissen sehr wohl, dass eine Landratswahl unter neuen Voraussetzungen neue Kräftekonstellationen gebären kann.

Und sich dieser Situation stellend, werden wir im Januar die Frage zu beantworten haben, wie wir die personelle Verantwortung der LINKEN-Beigeordneten unterstützen und ob und wie wir eine größere Verantwortung anstreben.

Die größte Fraktion in der Kooperation ist die SPD. Ihr Landrat wird am 10. Dezember abgewählt. Eine Möglichkeit für die weitere Kooperation von SPD und LINKE würde über einen gemeinsamen Landratskandidaten bestehen – wie übrigens schon 2009.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, all diese Fragen: gemeinsamer Landratskandidat, oder Kandidatur einer LINKEN-Landrätin stellen sich heute nicht. Vor all diesen Fragen steht der 10. Dezember und ein Ergebnis, das den Landratswahltermin auf die Tagesordnung für Teltow-Fläming setzt.